



## Ukraine-Russland: Zuspitzung oder Bewegung?

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

März 2021

### Zusammenfassung

---

Gegen den mit Wladimir Putin befreundeten Ko-Vorsitzenden der ukrainischen oppositionellen und russlandfreundlichen Parlamentspartei, Viktor Medwedtschuk, verhängte der ukrainische Sicherheitsrat am 19. Februar 2021 Sanktionen, die auch seine drei ukrainischen Informationsfernsehkkanäle betreffen. Unter Umständen setzt der russische Präsident ihn zum Manager der Separatistengebiete ein, deren Bewohner zu einem bedeutenden Teil in einer bestimmten politischen Situation zu einer Wiedereingliederung in die Ukraine bereit wären. Am 9. März 2021 erklärte der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskij, dass er sich mit jedem Führer der Normandie-Vier – auch mit Putin – einzeln treffen wolle, um mit ihnen den neuen ukrainischen „konkreten Plan“ zur Lösung des Konflikts in der Ost-Ukraine zu besprechen.

### Das ISPSW

---

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

### Über den Autor dieses Beitrags

---

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Vizepräsident der International Union of Economists St. Petersburg (IUECON) sowie Advisory Board Member des EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.





## Analyse

Am 19. Februar 2021 beschloss der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat (RNBO) der Ukraine unter Vorsitz von Präsident Wolodymyr Selenskij Sanktionen gegen 19 Unternehmen und acht Einzelpersonen.<sup>1</sup> Zu diesen Einzelpersonen gehört auch der 1954 in der sibirischen Region Krasnojarsk geborene Viktor Medwedtschuk, der einflussreichste der vier untereinander rivalisierenden Führer der ukrainischen russlandfreundlichen „Oppositionsplattform – Für das Leben“, die bei der Parlamentswahl 2019 mit 13 % die zweitstärkste Partei nach der damals neu gegründeten Präsidentenpartei „Diener des Volkes“ (43 %) wurde. Die Oppositionsplattform bildet mit 43 Abgeordneten in der Werchowna Rada die zweitstärkste Fraktion (9,6 %) nach der Präsidentenpartei mit 254 Abgeordneten (56,4 %). Seit 2014 steht Medwedtschuk im Zusammenhang mit der Übernahme der Krim durch Russland auf der amerikanischen Sanktionsliste.

Medwedtschuk war von 2002 bis 2005 Leiter der Präsidentsverwaltung unter dem damaligen ukrainischen Präsidenten Leonid Kutschma. Er ist eng mit Wladimir Putin und mit Dmitrij Medwedew befreundet. Putin und Medwedews Frau Swetlana waren 2004 Paten von Medwedtschuks Tochter.<sup>2</sup>

Medwedtschuk dürfte sein Vermögen hauptsächlich durch den Import von Kraftstoff in die Ukraine gemacht haben. Zum Jahreswechsel 2016/2017 ermöglichten Maßnahmen des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU gegen LPG-Händler (Autogas-Händler) – ukrainischer Präsident war damals Petro Poroschenko – den von Medwedtschuk kontrollierten Unternehmen, 40 % des ukrainischen LPG-Marktes zu übernehmen.

Medwedtschuk besitzt die drei Informationsfernsehkanaäle 112 Ukraine, NewsOne und ZIK. Die Zuschauerzahlen dieser Sender im TV-Nachrichtensegment lagen bei 45 %. Sie waren ein wichtiges Instrument Medwedtschuks zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, die auch dazu genutzt wurde, die Position der Oppositionsplattform zu stärken. Zu den vorherrschenden Themen dieser Fernsehsender gehörte die Darstellung eines Politikers, der in der Lage ist, den bewaffneten Konflikt im Donbass zu beenden, die ukrainische Regierung kompromisslos zu kritisieren und prorussische Inhalte zu fördern. Der ukrainische Sicherheits- und Verteidigungsrat blockiert nun seit dem 2. Februar das TV-Signal dieser drei Nachrichtensender.

Zu Beginn des Konflikts mit Russland fungierte Medwedtschuk als inoffizieller Vertreter Kiews in den Gesprächen mit Vertretern der selbsternannten Republiken in der Ostukraine. Er warb aktiv für Moskaus Ziele, vor allem für die Anerkennung der „Volksrepublik Donezk“ und der „Volksrepublik Luhansk“ als unabhängige Staaten und die Aufnahme direkter Verhandlungen Kiews mit deren Vertretern. Auf Initiative des damaligen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko (2014-2019) führte Medwedtschuk ab Dezember 2014 Verhandlungen über den Austausch von Kriegsgefangenen zwischen der Ukraine und den Separatistenrepubliken sowie Russland und fungierte als Sonderbeauftragter Kiews während der Friedensgespräche in Minsk. Mit dem Amtsantritt Selenskij im Mai 2019 trat Medwedtschuk von dieser Funktion zurück.

Im August 2020 hatte Medwedtschuk die Klage einer Gruppe von Parlamentsabgeordneten der Oppositionsplattform vor dem Verfassungsgericht unter dem Vorwurf der Verfassungswidrigkeit der Antikorruptionsgesetze von 2014 initiiert. Als nicht verfassungskonform wurde erachtet, dass strafrechtlich verfolgbar ist, wer falsche Angaben in den Erklärungen zu seinem Einkommen und seinen Ausgaben macht. Politiker und Regierungsmitglieder bestimmter Ebenen sind zur Abgabe dieser Erklärungen verpflichtet. Medwedtschuk hätte

<sup>1</sup> <https://www.rnbo.gov.ua/ua/Dialnist/4815.html>

<sup>2</sup> <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2021-02-24/ukraine-zelenskys-anti-russian-move>



einiges zu befürchten, denn er besitzt eine Yacht im Wert von 200 Mio. US-Dollar, hektarweise Land an der bulgarischen Küste und mehrere Immobilienobjekte in der Ukraine, was aber in seiner Vermögenserklärung von 2019 nicht erwähnt wird.<sup>3</sup> Am 27. Oktober 2020 erklärte das Verfassungsgericht in einem Urteil über einige Rechtsnormen in Antikorruptionsverfahren und Antikorruptionsinstitutionen, diese entsprächen nicht der Verfassung und unterliefen die Unabhängigkeit der Justiz.<sup>4</sup> Dieses Urteil macht die Überprüfung sämtlicher Rechtsakte, auf denen die Tätigkeit der Antikorruptionsstellen beruht, erforderlich. Das Nationale Antikorruptionsbüro musste daraufhin 110 Strafverfahren einstellen. Einige Richter wurden in dieser Verhandlungszeit von der Antikorruptionsbehörde wegen Einreichung angeblich falscher Angaben überprüft!

Laut einer Umfrage des angesehenen Kiewer Rasumkow-Zentrums, die am 8. Februar veröffentlicht wurde, würden nur noch 22,1 % die Selenskij-Partei „Diener des Volkes“ wählen, 21,9 % die Oppositionsplattform Medwedtschuks und 18,1 % die Partei Poroschenkos „Europäische Solidarität“.

Nach zwei erfolgreichen Austauschen von Kriegsgefangenen unter Selenskij hat sich Moskau geweigert, die nächste Phase eines dritten Austausches einzuleiten, die Streitkräfte und schweres Gerät aus den vereinbarten Abschnitten der Demarkationslinie (Separatistengebiete zu von Kiew kontrollierten Gebieten) abziehen und neue Punkte zu eröffnen, um sie überqueren zu können. Der am 27. Juli 2020 vereinbarte Waffenstillstand, der lange Zeit weitgehend eingehalten wurde, wurde immer brüchiger. Nach Mitteilung des Leiters der ukrainischen Präsidentschaftsverwaltung Andriy Jermak in einem Online-Gespräch am 9. März fielen in den letzten Monaten elf ukrainische Soldaten. Der Anfang Februar von Selenskij erlassene Befehl zur Bewertung der Kampfeffizienz der ukrainischen Streitkräfte im Osten des Landes zeigt, dass Kiew zu einer möglichen Intensivierung seiner Militäroperationen im Donbass bereit ist.

Die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation im Donbass ist mit einem Rückgang der russischen Subventionen verbunden, welche die separatistischen Republiken über Wasser halten. Es wird gemunkelt, dass Leute von Medwedtschuk oder ein russischer Manager ernannt werden könnte, um die derzeitige dortige Führung zu ersetzen. Etwa zehn Prozent (400.000) der Bewohner dieser Gebiete erhielten bis Januar 2021 die russische Staatsbürgerschaft.<sup>5</sup>

Wie ist die Situation in den Separatistengebieten? Die russische Tageszeitung *Wedomosti* zeichnete am 5. März 2021 ein viel komplizierteres Bild der Massenstimmung im Donbass als jenes, das von den russischen föderalen Fernsehsendern und anderen Massenmedien vermittelt wird.<sup>6</sup> Die Zeitung stützt sich auf eine soziologische Studie, die in den Jahren 2019 und 2020 durch ausführliche Interviews in der „Volksrepublik Donezk“ durchgeführt worden ist. Das Bild des Territoriums dieses Gebildes oder seine offiziellen Symbole sind nicht im Massenbewusstsein fixiert. Die Zukunft der Republik scheint nicht klar definiert und wird negativ gesehen. Die Eliten werden nicht respektiert, sind laut Meinung der Befragten korrupt, inkompetent, haben keine Führung und charismatische Qualitäten, haben sich in ihren Ämtern durch Zufall gefunden und sind nicht an der Entwicklung des Territoriums interessiert. Es stellt sich die Frage nach dem Sinn der Fortsetzung des Krieges. Trotz der Wahrnehmung des ukrainischen Staats als Aggressor ist sein Bild eines äußeren Feindes nicht so bedeutend, dass es die Existenz der Befragten selbst bedroht. Auf der einen Seite wird Kiew eindeutig die Verantwortung für Zerstörung und Tod auferlegt, auf der anderen Seite verbinden sich erstens mit der ukraini-

<sup>3</sup> <https://uacrisis.org/de/ukraine-judicial>

<sup>4</sup> <https://ccu.gov.ua/dokument/13-r2020>

<sup>5</sup> <https://carnegie.ru/commentary/84020>

<sup>6</sup> <https://www.vedomosti.ru/opinion/articles/2021/03/04/860300-strelyayut-donbasse>



schen Gesellschaft und Kultur positive Konnotationen im Massenbewusstsein der Bewohner des Donbass. Und zweitens stellt das politische Regime der „Volksrepublik“, das die Rechte und Freiheiten stark einschränkt, ohne bedeutende sozio-ökonomische Erfolge zu präsentieren, auch eine Bedrohung dar. Der Autor des Beitrags, der Wissenschaftler des „Moskauer Staatlichen Instituts für internationale Beziehungen“ (MGIMO) des russischen Außenministeriums, Alexej Tokarew, zieht den Schluss, dass die Friedenssicherungskapazität der Menschen dort groß ist. Wenn es eine bestimmte politische Situation gebe, werde ein bedeutender Teil von ihnen zur Wiedereingliederung in die Ukraine bereit sein.

Auf der anderen Seite ist zu bedenken, dass Selenskij im Frühjahr 2019 in seinem Präsidentenwahlkampf damit geworben hatte, den Krieg im Donbass zu beenden. Am 9. März 2021 verkündete Jermak, dass ein „konkreter Plan“ zur Lösung des Konflikts in der Ostukraine existiere, dessen Idee von Frankreich und Deutschland vorgeschlagen worden sei.<sup>7</sup> Ihm zufolge wurde dieser Plan in Kiew fertiggestellt und könne beim nächsten Beratertreffen der Vier des Normandiefomats (Frankreich, Deutschland, Ukraine, Russland) zur Diskussion gestellt werden. Dieses Treffen solle laut Aussage des Beraters der Trilateralen Kontaktgruppe (Ukraine, Russland, OSZE), Oleksiy Arestowitsch, Ende März stattfinden. Bis dahin sei der Plan vertraulich.

Jermak erwähnte die Schaffung einiger „Cluster“, die – falls vereinbart – die Grundlage für „einen Fahrplan zur Schaffung von Frieden im Donbass, zur Rückgabe der von Russland besetzten Gebiete und zur Abhaltung von Kommunalwahlen“ bilden könnten. Gleichzeitig nannte er die neue Initiative „einen sehr mächtigen Schritt“ und versicherte, dass der Fahrplan „absolut dem Geist und den Grundsätzen des Minsker Abkommens“ und dem Völkerrecht entspreche. „Wir warten auf eine Position von russischer Seite“ fügte er hinzu und bemerkte, dass, wenn die Russische Föderation das Projekt nicht unterstützte, dies bedeute, dass sie kein Ende des Krieges wolle. Der Leiter des ukrainischen Zentrums für angewandte politische Studien „Penta“, Wolodymyr Fesenko, präziserte, dass Cluster höchstwahrscheinlich „bestimmte Blöcke miteinander verbundener Themen bedeuten, welche die Grundlage für einen Kompromiss sein können“. Am 9. März erklärte Selenskij: „Es wird kein Treffen im Normandie-Format geben, ich werde ein Format finden, wenn ich mich mit jedem dieser Führer der Normandie-Vier treffe. Wie man sagt, wenn der Berg nicht zu Mohammed geht, ist es in Ordnung, was bedeutet, dass ich mich mit jedem einzelnen treffen werde.“ Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, schloss die Möglichkeit eines Treffens Putins mit Selenskij nicht aus.

\*\*\*

**Anmerkungen:** Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

---

<sup>7</sup> <https://www.kommersant.ru/doc/4722420>